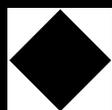


Marie-Lena Marstaller

# Grenzüberschreitende Einziehung

Möglichkeiten und Grenzen der Leistung von Vollstreckungshilfe und der gegenseitigen Anerkennung bei Tätertragseinziehungen, unter besonderer Berücksichtigung typischer verurteilungsunabhängiger Formen



**Nomos**

**DIKE** 

Schriften zum Internationalen und  
Europäischen Strafrecht

Herausgegeben von

Professor Dr. Martin Heger, Humboldt-Universität zu Berlin

Professor Dr. Florian Jeßberger, Humboldt-Universität zu Berlin

Professor Dr. Frank Neubacher, M.A., Universität zu Köln

Professor Dr. Helmut Satzger, LMU München

Professor Dr. Gerhard Werle, Humboldt-Universität zu Berlin

Band 65

Marie-Lena Marstaller

# Grenzüberschreitende Einziehung

Möglichkeiten und Grenzen der Leistung von Vollstreckungshilfe und der gegenseitigen Anerkennung bei Tatertragsinziehungen, unter besonderer Berücksichtigung typischer verurteilungsunabhängiger Formen



**Nomos**

**DIKE**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: München, LMU, Diss., 2022

ISBN (Print) 978-3-8487-7403-6 (Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden)

ISBN (ePDF) 978-3-7489-1405-1 (Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden)

ISBN (Print) 978-3-03891-508-9 (Dike Verlag, Zürich/St. Gallen)

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

Diese Arbeit wurde im Wintersemester 2021/22 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Die Arbeit befindet sich auf dem Stand ihrer Abgabe im Juni 2021.

Mein erster und herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater Professor Dr. *Armin Engländer*, der mich seit dem Studium in meinem Interesse am Strafrecht bestärkt und mich bei der Erstellung dieser Arbeit stets unterstützt hat. Ich verdanke ihm juristisch lehrreiche und persönlich bereichernde Jahre als Mitarbeiterin an seinem Lehrstuhl in Passau und in München, die mir stets in guter Erinnerung bleiben werden. Bei Professor Dr. *Helmut Satzger* bedanke ich mich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und den hilfreichen Austausch in der Phase der Themenfindung. Ihm und den weiteren Herausgebern danke ich für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe.

Mein weiterer Dank gilt allen, die mir bei der Erstellung dieser Arbeit zur Seite gestanden haben. Besonders bedanken möchte ich mich bei Professor Dr. *Till Zimmermann*, der mein Interesse an der Wissenschaft gefördert und durch wertvolle Anregungen und Diskussionen zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen hat. Ich danke ihm auch für die Zeit, die ich während der Fertigstellung dieser Arbeit als Mitarbeiterin an seiner Professur in Trier verbringen durfte.

Für die finanzielle und ideelle Förderung während Studium und Promotion möchte ich der Studienstiftung des deutschen Volkes danken.

Schließlich gilt mein persönlicher Dank meinen Eltern und meinem Mann, die mich in diesem wie in all meinen Vorhaben bestärkt und unterstützt haben.

Karlsruhe, im Mai 2022

*Marie-Lena Marsteller*



## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
1. Teil: Einleitung und Gegenstand der Untersuchung	29
A. Einführung	29
I. Vermögensabschöpfung als dritte Spur des Strafrechts	29
II. Internationalisierung als Herausforderung an die Strafverfolgung	33
III. Vollstreckungshilfe bei Einziehungsentscheidungen	34
B. Gegenstand der Untersuchung	38
I. Begrenzung auf eingehende Ersuchen	38
II. Begrenzung auf Einziehung von Taterträgen nach dem StGB	39
III. Begrenzung auf Vollstreckungshilfe	40
IV. Keine Betrachtung von Sicherstellungen	40
C. Gang der Darstellung	41
2. Teil: Charakteristika verurteilungsunabhängiger Tatertragseinziehungsformen	47
A. Was ist eine verurteilungsunabhängige Tatertragseinziehung?	47
I. Grundelemente einer Tatertragseinziehung	48
II. Wann ist eine Einziehung verurteilungsunabhängig?	49
III. Internationale Terminologie	50
B. Supranationale und internationale Verpflichtungen und Vorgaben zur Einführung verurteilungsunabhängiger Einziehungsinstrumente	52
I. Harmonisierung der Einziehungsvorschriften in der EU durch die Richtlinie 2014/42/EU	52
1. Vorgaben der Richtlinie zur selbständigen Einziehung, Art. 4 Abs. 2	55
2. Vorgaben der Richtlinie zur erweiterten Einziehung, Art. 5 Abs. 1	56
II. SDÜ	57
III. Europarat	57

*Inhaltsverzeichnis*

IV. UN-Übereinkommen	58
V. Sonstiges	60
VI. Fazit	61
C. Verurteilungsunabhängige Tatertragseinziehung in Deutschland	61
I. Grundzüge des deutschen Vermögensabschöpfungsrechts	62
II. Ausgewählte Aspekte der Reform der Vermögensabschöpfung	66
1. Reform der Opferentschädigung	66
2. Ausschluss der Einziehung bzw. Absehen von der Vollstreckung	68
III. Verurteilungsunabhängige Einziehungsinstrumente	70
1. Selbständige Anordnung der Einziehung gem. § 76a Abs. 1 StGB	70
2. Erweiterte Tatertragseinziehung gem. § 73a StGB	72
3. Erweiterte selbständige Tatertragseinziehung gem. § 76a Abs. 4 StGB	74
IV. Insbesondere: Beweiserleichterungen im Rahmen der erweiterten Einziehung	82
1. Unterschiedliche Nachweisvoraussetzungen in §§ 73a, 76a Abs. 4 StGB	82
2. Bedeutung der Beweisvorschrift in § 437 StPO	84
a) Kein Verstoß gegen § 261 StPO	85
b) § 437 StPO als Anleitung zur Beweisführung	87
c) Regelt Satz 1 der Vorschrift einen Anscheinsbeweis?	87
d) Geltung des Beibringungsgrundsatzes?	91
3. Ergebnis	96
4. Übertragbarkeit des Ergebnisses auf § 73a StGB	97
V. Verfassungsrechtliche Bemerkungen	98
1. Die Tatertragseinziehung als Maßnahme	98
2. Bruttoeinziehung durch verurteilungsunabhängige Einziehungsinstrumente	104
3. Beweiserleichterungen bei den erweiterten Einziehungsformen	107
a) Die Tatertragseinziehung als Inhalts- und Schrankenbestimmung	108
b) Prinzipielle Unzulässigkeit von Beweiserleichterungen nach der Rechtsprechung zur alten Rechtslage?	109
c) Verhältnismäßigkeit der Beweiserleichterungen	112
VI. Fazit	114

D. Beispiele ausländischer verurteilungsunabhängiger Instrumente	115
I. Vorbemerkungen zur Darstellung ausländischer Instrumente	115
1. Ziel der Betrachtung der ausländischen Rechtsordnungen	116
2. Zur gewählten Methode	118
II. Tatertragseinziehung in unterschiedlichen Rechtsordnungen	119
1. USA	120
2. Irland	124
3. Vereinigtes Königreich	126
4. Italien	131
5. Österreich	135
6. Schweiz	138
7. Niederlande	140
III. Einordnung der dargestellten Instrumente als Tatertragseinziehung	142
IV. Zusammenfassung: Untersuchte Einziehungsformen	146
E. Systematisierung und Versuch der Kategorisierung	146
I. Vorbemerkung: Kategorieübergreifende Merkmale	148
1. Originaleinziehung und wertbezogene Einziehung	148
2. Bestimmung des Erlangten	150
3. Entschädigung der Verletzten	151
4. Dritteinziehung	153
II. Kategorie A: Erweiterte Einziehung	154
1. Kategorie A.1: Erweiterte Einziehung mit Beweislastumkehr	157
2. Kategorie A.2: Erweiterte Einziehung mit zusätzlichen Beweismaßreduzierungen	161
3. Kategorie A.3: Erweiterte Einziehung ohne Beweiserleichterung	163
III. Kategorie B: Derivative selbständige Einziehung	163
IV. Kategorie C: Ad rem Einziehungen ohne Nachweis der Herkunftstat	165
1. Kategorie C.1: Einziehung im objektiven Verfahren mit zivilrechtlichem Beweismaß	167
2. Kategorie C.2: Ad rem Einziehung im Strafverfahren	169
3. Kategorie C.3: Einziehung im selbständigen Verfahren außerhalb von Strafverfahren	170

*Inhaltsverzeichnis*

V. Übersicht zur Kategorisierung der untersuchten Instrumente	172
3. Teil: Vollstreckungshilfe bei verurteilungsunabhängiger Tatertragseinziehung	173
A. Grundzüge des Rechtshilferechts in Deutschland	173
I. Begriffsbestimmung: Rechtshilfe	173
II. Rechtlicher Rahmen des nationalen Rechtshilferechts	174
1. Horizontale Dimension: Völkerrechtliche Vorgaben	175
2. Vertikale Dimension: Individualschutz im international-arbeitsteiligen Verfahren	179
III. Ebenen der Rechtshilfe	181
1. Vertragslose Rechtshilfe	182
2. Vertragliche Rechtshilfe	182
3. Strafjustizielle Zusammenarbeit in der EU	185
4. Hierarchie der Rechtsquellen	192
IV. Säulen der Rechtshilfe	195
B. Vollstreckungshilfe bei Einziehungsanordnungen	196
I. Rechtsnatur und Ziel der Vollstreckungshilfe	197
II. Anwendbare Rechtsquellen	199
1. Bilaterale Rechtshilfeabkommen	200
2. Instrumente der gegenseitigen Anerkennung innerhalb der EU	202
3. Europarats-Übereinkommen	207
4. Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich	210
5. Übereinkommen der Vereinten Nationen	212
6. Vertragslose Rechtshilfe und ergänzende Anwendung der Vorschriften des IRG	213
7. Übersicht zu den im 2. Teil untersuchten Rechtsordnungen	217
III. Formelles Recht der Vollstreckungshilfe	218
1. Grundsätzliches	218
2. Eingehendes Ersuchen als Ausgangspunkt	220
3. Zulässigkeits- bzw. Exequaturverfahren nach dem IRG	224
a) Zuständigkeit	225
b) Vorbereitendes Verfahren	226
c) Gerichtliches Verfahren	227
d) Exequaturentscheidung	228

4.	Bewilligungsverfahren nach dem IRG	231
a)	Rechtsnatur der Bewilligung	231
b)	Zuständigkeit	233
c)	Bewilligungsentscheidung und Rechtsfolgen	234
d)	Vereinbarung über das abgeschöpfte Vermögen	236
5.	Anerkennungsverfahren der VO 2018/1805	238
6.	Vornahmeverfahren	241
a)	Zuständigkeit und Verfahren	242
b)	Entschädigung der verletzten Person	245
IV.	Materielles Recht der Vollstreckungshilfe	247
1.	Materielle Rechtshilfenvoraussetzungen im vertragslosen Rechtshilfeverkehr	248
2.	Materielle Voraussetzungen der gegenseitigen Anerkennung	250
a)	RB Einziehung und §§ 88a ff. IRG	250
b)	VO 2018/1805	252
3.	Rechtshilfenvoraussetzungen in der vertraglichen Rechtshilfe	252
a)	Duales System	253
b)	Nationale Möglichkeiten	254
c)	Fakultativklauseln	256
d)	Zusammenspiel der Regelungsformen für die hier relevanten Übereinkommen	258
V.	Rechtsschutzmöglichkeiten insbesondere gegen Bewilligungsentscheidungen	260
1.	Anwendbarkeit des Art. 19 Abs. 4 GG auf die Bewilligungsentscheidung	262
2.	Benannte fakultative Ablehnungsgründe	263
3.	Erstmalige Interessenberührung in der Bewilligungsentscheidung	268
4.	Form des Rechtsschutzes	272
C.	Grenzen der Vollstreckungshilfe bei verurteilungsunabhängigen Einziehungsanordnungen	275
I.	Formelle Anforderungen an das Ersuchen	276
II.	Anforderungen an die zu vollstreckende Entscheidung	277
1.	Anforderungen an die übermittelte Entscheidung	278

*Inhaltsverzeichnis*

2. Beiderseitige Sanktionierbarkeit und beiderseitige Strafbarkeit	279
a) Beiderseitige Strafbarkeit und ähnliche Anforderungen bei der Vollstreckungshilfe bei Einziehungsentscheidungen	280
i. Konkrete beiderseitige Einziehbarkeit in der vertragslosen Vollstreckungshilfe, § 49 Abs. 1 Nr. 3 IRG	281
ii. Vertragliche Rechtshilfe	284
iii. Beiderseitige Einziehbarkeit bei der gegenseitigen Anerkennung nach dem RB Einziehung	287
(1) Erweiterte Einziehungsformen	287
(2) Andere Einziehungsformen	288
iv. VO 2018/1805	291
b) Folgen der Voraussetzung der konkreten beiderseitigen Einziehbarkeit für verurteilungsunabhängige Einziehungsinstrumenten	293
i. Erweiterte Einziehungsformen	294
ii. Derivative selbständige Einziehungsformen der Kategorie B	296
iii. Ad rem Einziehungen der Kategorie C	296
c) Beiderseitige Verfolgbarkeit	297
3. Wahrung der Rechte Dritter, Art. 19 Abs. 1 lit. e VO 2018/1805	298
4. Weitere anlassstatsbezogene Ablehnungsgründe	298
III. Ordre public-Vorbehalte und andere Ablehnungsgründe mit Grund- und Menschenrechtsbezug	300
1. Regelungen auf den verschiedenen Rechtshilfebene	302
a) Spezielle Ablehnungsgründe mit Grundrechtsbezug	302
i. Einhaltung der Verfahrensrechte der EMRK, § 49 Abs. 1 Nr. 2 IRG	303
ii. Abwesenheitsentscheidungen und Verletzung des rechtlichen Gehörs	306
iii. Versagung der gegenseitigen Anerkennung aufgrund der Presse- und Meinungsfreiheit	310
b) Ordre public-Vorbehalte und allgemeine grundrechtsbezogene Ablehnungsgründe	311
i. Vorbehalt des nationalen ordre public in der vertragslosen Rechtshilfe, § 73 S. 1 IRG	311

ii.	Ordre public-Vorbehalte und Geltung der Grundrechte in der vertraglichen Rechtshilfe	315
iii.	Grundrechtsschutz und ordre public bei der gegenseitigen Anerkennung	317
	(1) Europäischer ordre public gem. § 73 S. 2 IRG	318
	(2) Ablehnungsgrund der Unionsgrundrechtsverletzung in Art. 19 Abs. 1 lit. h VO 2018/1805	324
2.	Vorgaben der EMRK im Rahmen des § 49 Abs. 1 Nr. 2 EMRK	328
a)	Abgrenzung: Vorgaben der EMRK zur Vollstreckungshilfe	328
b)	Verfahrensrechtliche Vorgaben des Art. 6 EMRK	330
i.	Einordnung der Rechtsnatur von Einziehungsverfahren nach der Rspr. des EGMR	331
ii.	Exkurs: Art. 7 EMRK	336
iii.	Anforderung des fairen Verfahren im Einziehungsverfahren	339
c)	Verfahrensrechtliche Vorgaben aus der Eigentumsgarantie	340
3.	Grundrechtsbezogene Ablehnung der gegenseitigen Anerkennung	341
4.	Wesentliche Grundsätze der Rechtsordnung gem. § 73 S. 1 IRG	344
a)	Schuldgrundsatz und Beweiserleichterungen	345
b)	Verhältnismäßigkeit	347
IV.	Verjährung	349
1.	Unzulässigkeit bei Vollstreckungsverjährung nach dem Recht des ersuchten Staats	350
a)	Ausnahme bei nicht begründeter deutscher Gerichtsbarkeit	353
b)	Ausnahme der Möglichkeit einer selbständigen Anordnung nach § 76a Abs. 2 StGB	353
2.	Verjährung nach dem Recht des ersuchenden Staats	361
V.	Ne bis in idem und ähnliche Fälle der Mehrfachverfolgung	362
1.	Zur rechtlichen Behandlung der doppelten Einziehung im deutschen Recht	364
a)	Indirektes Doppeleinziehungsverbot bei verurteilungsabhängigen Einziehungen	366

*Inhaltsverzeichnis*

b) Einfachgesetzliche Regelungen zur Vermeidung der Doppeleinziehung	366
2. Die transnationale Dimension des ne bis in idem bei Einziehungsentscheidungen	371
a) Abgeleitetes Doppeleinziehungsverbot bei verurteilungsabhängigen Einziehungen aus Art. 54 SDÜ	371
b) Genuines Doppeleinziehungsverbot aus Art. 54 SDÜ?	373
c) Berücksichtigung einer vorherigen ausländischen Einziehungsanordnung im deutschen Einziehungsrecht	380
3. Die rechtshilferechtliche Dimension des ne bis in idem bei der Auslieferung	384
4. Ablehnungs- und Unzulässigkeitsgründe bei der Vollstreckungshilfe	388
5. Mögliche Konstellationen der Mehrfachverfolgung	393
a) Erstentscheidung bezüglich der Herkunftstat	394
i. Vertragslose Rechtshilfe, § 49 Abs. 1 Nr. 4 IRG	394
(1) Deutsche Erstentscheidung bezüglich der Herkunftstat	395
(2) Vorentscheidung im ersuchenden Staat	397
(3) Erstentscheidung in einem Drittstaat	398
ii. Gegenseitige Anerkennung nach dem RB Einziehung und der VO 2018/1805	399
b) Wiederholte Einziehung	400
i. Vertragslose Rechtshilfe	402
ii. Gegenseitige Anerkennung	404
iii. Doppeleinziehung nach der Verordnung 2018/1805	407
c) Zwischenergebnis zu ne bis in idem	407
i. Vertragslose Rechtshilfe	408
ii. Gegenseitige Anerkennung nach dem RB Einziehung	409
iii. Gegenseitige Anerkennung nach der VO 2018/1805	410
6. Mehrfachersuchen	410
7. Exkurs: Folgen der Rechtshilfe für das nationale Einziehungsrecht	411

D. Ergebnis zur Vollstreckungshilfe bei Einziehungsentscheidungen der verschiedenen Kategorien	412
I. Allgemeine Ergebnisse	412
II. Erweiterte Einziehungsformen der Kategorie A	414
III. Derivative selbständige Einziehung nach Kategorie B	415
IV. Ad rem Einziehung der Kategorie C	416
4. Teil: Zusammenfassung der Ergebnisse	419
A. Bestimmung der Verurteilungsunabhängigkeit einer Einziehung	419
B. Verurteilungsunabhängige Einziehungsinstrumente in Deutschland	419
I. Rechtslage	419
II. Beweiserleichterungen	420
III. Verfassungsrechtliche Bewertung	422
C. Typische Merkmale verurteilungsunabhängiger Tatertrageinziehung in Deutschland und weiteren Ländern	422
I. Allgemeines (insbes. Einordnung eines Instruments als Tatertrageinziehung)	422
II. Erweiterte Einziehung (Kategorie A)	424
1. Kategorie A.1: Erweiterte Einziehung mit Beweislastumkehr	424
2. Kategorie A.2: A.1 mit zusätzlicher Beweismaßreduzierung	425
3. Kategorie A.3: Erweiterte Einziehung ohne Beweiserleichterung	425
III. Derivative selbständige Einziehung (Kategorie B)	425
IV. Ad rem Einziehung (Kategorie C)	426
1. Kategorie C.1: Einziehung im objektiven Verfahren mit zivilrechtlichem Beweismaß	426
2. Kategorie C.2: Ad rem Einziehungen im Strafverfahren	426
3. Kategorie C.3: Einziehung im selbständigen Verfahren außerhalb von Strafverfahren	427
D. Vollstreckungshilfeverfahren bei Einziehungsentscheidungen	428
I. Anwendbare Rechtsquellen	428
II. Ablauf des Vollstreckungshilfeverfahrens	430
III. Materielles Recht der Vollstreckungshilfe	431
IV. Rechtsschutzmöglichkeiten	433

*Inhaltsverzeichnis*

E. Grenzen der Vollstreckungshilfe bei verurteilungsunabhängigen Einziehungsinstrumenten	433
I. Beiderseitige Einziehbarkeit	433
1. Regelungen der unterschiedlichen Ebenen	434
2. Ausschluss bestimmter Einziehungsformen bei konkreter beiderseitiger Einziehbarkeit	435
II. Weitere Anforderungen an die zu vollstreckende Entscheidung	436
III. Ordre public Vorbehalte und weitere Ablehnungsgründe mit Grundrechtsbezug	437
1. Wesentliche Grundsätze der Rechtsordnung	437
2. Grundrechtsbezogene Ablehnung der gegenseitigen Anerkennung	438
3. Spezielle Grund- und Menschenrechtsklauseln	439
IV. Verjährung	440
V. Ne bis in idem	441
1. Auswirkungen des innerstaatlichen ne bis in idem auf Einziehungsentscheidungen	442
2. Transnationale Fälle der Doppeleinziehung	443
3. Rechtshilferechtliches ne bis in idem	444
a) Vorfrage: Auslieferungsrechtliches ne bis in idem?	444
b) Vertragslose Vollstreckungshilfe bei Einziehungen	444
c) Gegenseitige Anerkennung nach §§ 88a ff. IRG	445
d) Gegenseitige Anerkennung nach der VO 2018/1805	446
 Annex I: Ausgewählte ausländische Einziehungsvorschriften	 447
A. USA	447
B. Irland	448
C. Vereinigtes Königreich	452
D. Italien	458
E. Österreich	459
F. Schweiz	460
G. Niederlande	462
 Annex II: Zentrale Vorschriften der anwendbaren Rechtshilfeübereinkommen	 465
A. UNSuchtstoffÜbk	465

*Inhaltsverzeichnis*

B. UNTOC	466
C. UNCAC	468
D. EuGeldwäscheÜbk I	469
E. EuGeldwäscheÜbk II	472
Literaturverzeichnis	475



## Abkürzungsverzeichnis

%	Prozent
€	Euro [Währung]
§(§)	Paragraph(en)
a.A.	anderer Ansicht
a.E.	am Ende
a.F.	alte(r) Fassung
abl.	ablehnend
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz/Absätze
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Amtsgericht
ähnl.	ähnlich(e[r/s])
AMC	Codice Antimafia, G. v. 6.9.2011, Nr. 159/2011, geändert durch G. v. 17.10.2017, Nr. 161/2017
AO	Abgabenordnung
ARhV D-Öst	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Amts- und Rechtshilfe in Verwaltungssachen vom 31.5.1988, BGBl. 1990 II, S. 358
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage(n)
ausf.	Ausführlich
AusIV D-USA	Auslieferungsvertrag vom 20.6.1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika, BGBl. 1980 II, S. 647 (geändert durch Zusatzvertrag v. 21.10.1986, BGBl. 1988 II, S. 1087 und Zusatzvertrag v. 18.4.2006, BGBl. 2007 II, S. 1634)
BAnz.	Bundesanzeiger
BayObLG	Bayerisches Oberlandesgericht
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BB	BetriebsBerater
BbgVerfG	Brandenburgisches Verfassungsgericht

*Abkürzungsverzeichnis*

Bd.	Band; Bände
BeckRS	Beck-Rechtsprechung [Online-Rechtsprechungsdatenbank]
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGer	Schweizerisches Bundesgericht
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BKA	Bundeskriminalamt
BLJ	Bucerius Law Journal
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BRaK	Bundesrechtsanwaltskammer
BR-Drs.	Drucksachen des Bundesrats
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Drucksachen des Bundestages
BtMG	Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Betäubungsmittelgesetz)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
C.L.W.R.	Common Law World Review
Camb.L.R.	Cambrian Law Review
CB	Compliance Berater
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
chStGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch v. 21.12.1937
chStPO	Schweizerische Strafprozessordnung v. 5.10.2007
CMLR	Common Market Law Review
Crim.L.R.	Criminal Law Review
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
d.h.	das heißt
DAG	Deutsches Auslieferungsgesetz v. 23.12.1929, abgelöst durch das IRG
DAR	Deutsches Autorecht

*Abkürzungsverzeichnis*

DAV	Deutscher Anwaltverein
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
diesbzgl.	diesbezüglich
DJT	Deutscher Juristentag
DPC	Diritto Penale Contemporaneo
DRiB	Deutscher Richterbund
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis
E	Entwurf
Ed.	Edition
EEA	Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch v. 2.3.1974
EGStPO	Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung
Einl.	Einleitung
EJCCLCJ	European Journal of Crime, Criminal Law and Criminal Justice
EJIL	European Journal of International Law
EL	Ergänzungslieferung [für Loseblatt- und Faszikelkommentare]
ELR	European Law Review
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten v. 4.11.1950
Entsch.	Entscheidung
ERA Forum	Journal of the Academy of European Law
ErwGr	Erwägungsgrund
EStG	Einkommensteuergesetz
et al.	et alii
ETS	European Treaty Series (Europäische Vertragsreihe)
EU	Europäische Union
EuAuslÜbk	Europäisches Auslieferungsübereinkommen vom 13.12.1957, ETS Nr. 24
EuCLR	European Criminal Law Review

*Abkürzungsverzeichnis*

eucrim	The European Criminal Law Associations' Forum
EuGeldwäscheÜbk	Übereinkommen über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten vom 8.11.1990, ETS Nr. 141 (EuGeldwäscheÜbk I) bzw. Übereinkommen über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten und über die Finanzierung des Terrorismus v. 16.5.2005, ETS Nr. 198 (EuGeldwäscheÜbk II)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuHbG	Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Europäisches Haftbefehlgesetz – EuHbG) v. 21.7.2004 (BGBl. 2004 I, S. 1748) (1. EuHbG) bzw. Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Europäisches Haftbefehlgesetz – EuHbG) v. 20.7.2006 (BGBl. 2006 I, S. 1721) (2. EuHbG)
EuR	Europarecht
EurJCrimPolicyRes	European Journal on Criminal Policy and Research
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f[f].	folgende
FATF	Financial Action Task Force
Fn.	Fußnote(n)
FS	Festschrift
fStGB	[französisches] Strafgesetzbuch (Code pénal) v. 1.3.1994
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union v. 12.12.2007
grds.	grundsätzlich
GS	Gedächtnisschrift
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GvKostG	Gerichtsvollzieherkostengesetz

*Abkürzungsverzeichnis*

GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GwG	Geldwäschegesetz
h.A.	herrschende Auffassung
h.M.	herrschende Meinung
HRRS	Onlinezeitschrift für Höchststrichterliche Rechtsprechung zum Strafrecht
Hrsg.	Herausgeber(in)
HT	Hauptteil
i.d.F.	in der Fassung
i.E.	im Ergebnis
i.R.(d.)	im Rahmen (der/s)
i.R.v.	im Rahmen von
i.S.(d.)	im Sinne (der/s)
I.S.L.J.	The International Sports Law Journal
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
ICTY	Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien
IGH	Internationaler Gerichtshof
IJE&P	The International Journal of Evidence & Proof
insbes.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
IpbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
irPOCA	[irischer] Proceeds of Crime Act 1996
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
IStGHSt	Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs v. 17.7.1998 (BGBl. 2000 II, S. 1393)
itStGB	[italienisches] Strafgesetzbuch (Codice Penale) v. 19.10.1930
IWRZ	Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht
J.B.L.	Journal of Business Law
J.C.L.	Journal of Criminal Law
J.F.C.	Journal of Financial Crime
J.M.L.C.	Journal of Money Laundering Control

*Abkürzungsverzeichnis*

JA	Juristische Arbeitsblätter
JBeitrG	Justizbeitreibungsgesetz
JBeitrG	Justizbeitreibungsgesetz
JGG	Jugendgerichtsgesetz
jM	juris – Die Monatszeitschrift
JR	Juristische Rundschau
JSt	Journal für Strafrecht
JURA	Juristische Ausbildung
juris	juris [Online-Rechtsportal]
jurisPR-StrafR	juris PraxisReport Strafrecht
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht (Berlin)
KommJur	Kommunaljurist
KorrBekG 2015	Gesetz zur Bekämpfung der Korruption v. 20.11.2015 (BGBl 2015 I, S. 2025)
KriPoZ	Kriminalpolitische Zeitschrift
krit.	kritisch
L.Q.R.	Law Quarterly Review
LG	Landgericht
lit.	litera
Ls.	Leitsatz
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht
m. Anm.	mit Anmerkung
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m.W.v.	mit Wirkung vom
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
Mio.	Million(en)
MiStra	Mitteilungen in Strafsachen
MMR	MultiMedia und Recht
N.C.L.R.	New Criminal Law Review: An International and Interdisciplinary Journal
n.F.	neue(r) Fassung
Nachw.	Nachweis(e)
NJECL	New Journal of European Criminal Law

*Abkürzungsverzeichnis*

NJW(-RR)	Neue Juristische Wochenschrift (Rechtsprechungs-Report)
NK	Neue Kriminalpolitik
nlStGB	[niederländisches] Strafgesetzbuch (Wetboek van Strafrecht) v. 3.3.1881
nlStPO	[niederländische] Strafprozessordnung (Wetboek van Strafvordering) v. 15.1.1921
no.	number
Nr.	Nummer(n)
NStZ(-RR)	Neue Zeitschrift für Strafrecht (Rechtsprechungs-Report)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
o.ä.	oder ähnlich
o.g.	oben genannt(e/er/es)
öJBl	Juristische Blätter
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	Oberlandesgericht
OrgKG	Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität v. 15.7.1992 (BGBl. 1992 I, S. 1302)
öStGB	[österreichisches] Bundesgesetz vom 23.01.1974 über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (Strafgesetzbuch).
öStPO	[österreichische] Strafprozessordnung v. 9.12.1975
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PAG	Polizeiaufgabengesetz Bayern
PPU	Procédure Préjudicielle d'Urgence (Eilvorabentscheidungsverfahren am EuGH)
Ratsdok.	Ratsdokument
RB	Rahmenbeschluss
recht	Zeitschrift für juristische Weiterbildung und Praxis
recht+politik	unabhängiges [Online-]Forum für gute Rechtspolitik
RefE	Referentenentwurf
RegE	Regierungsentwurf

*Abkürzungsverzeichnis*

RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren
RiVAST	Richtlinien für den Verkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer(n)
Rspr.	Rechtsprechung
RStGB	Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich v. 15.5.1871
RW	Rechtswissenschaft
S.	Seite(n); Satz; Sätze
s.	siehe
s.	section
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen (ABl. 2000 Nr. L 239 S. 19)
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften
sog.	sogenannte(r/s)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRVG	[schweizerisches] Bundesgesetz über die Sperrung und die Rückerstattung unrechtmäßig erworbener Vermögenswerte ausländischer politisch exponierter Personen v. 18.12.2015
StGB	Strafgesetzbuch [der Bundesrepublik Deutschland]
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof (1922–1946)
StPO	Strafprozessordnung
StraFo	StrafverteidigerForum
StrRG	Strafrechtsreformgesetz
StV	Strafverteidiger
StVollstrO	Strafvollstreckungsordnung
SVR	Straßenverkehrsrecht. Zeitschrift für die Praxis des Verkehrsjuristen
ThürVerfGH	Thüringer Verfassungsgerichtshof
u.a.	unter anderem

*Abkürzungsverzeichnis*

U.S.C.	<i>Code of Laws of the United States of America (United States Code)</i>
ÜberstÜbk	Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen v. 21.3.1983, ETS Nr. 112
UK	Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland ( <i>United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland</i> )
UN	Vereinte Nationen
UNCAC	Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption v. 31.10.2003
UNICRI	UN-Institut für interregionale Kriminalitäts- und Justizforschung ( <i>United Nations Interregional Crime and Justice Research Institute</i> )
UNODC	Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung ( <i>United Nations Office on Drugs and Crime</i> )
UNSuchtstoffÜbk	Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen, Generalversammlungs-Resolution 39/141 v. 20.12.1988
UNTOC	Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, Generalversammlungs-Resolution 55/25 vom 15.11.2000 mit Zusatzprotokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbes. des Frauen- und Kinderhandels und Zusatzprotokoll gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg
Urt.	Urteil
US(A)	Vereinigte Staaten von Amerika ( <i>United States of America</i> )
Utrecht L Rev	Utrecht Law Review
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v	versus
v.	von; vom
v.a.	vor allem
VermEinzG	Vermögenseinziehungsgesetz
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
Vorbem.	Vorbemerkung(en)

*Abkürzungsverzeichnis*

VUWLR	Victoria University of Wellington Law Review
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WaffenG	Waffengesetz
WiStG	Gesetz zur weiteren Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechts (Wirtschaftsstrafgesetz 1954)
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
z.B.	zum Beispiel
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZIS	[Online-]Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
zit.	zitiert
ZJJ	Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStrR	Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
zust.	Zustimmend
ZVölkR	Zeitschrift für Völkerrecht
ZWH	Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht und Haftung im Unternehmen